



Jahresziele 2005

der eidgenössischen Departemente und der Bundeskanzlei

gemäss Art. 51 Regierungs- und
Verwaltungsorganisationsgesetz
vom 21. März 1997

(Bundesratsbeschluss vom 17. November 2004)

Inhalt

Einleitung	1
Jahresziele 2005 der eidgenössischen Departemente und der Bundeskanzlei	
Bundeskanzlei	2
Departemente für auswärtige Angelegenheiten	4
Departement des Innern	8
Justiz- und Polizeidepartement	17
Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport	20
Finanzdepartement	25
Volkswirtschaftsdepartement	28
Departement für Umwelt, Verkehr, Engergie und Kommunikation	34
Anhänge	
1 Die Ziele des Bundesrates im Jahr 2005: Überblick	37
2 Wichtigste geplante Parlamentsgeschäfte 2005	40

Einleitung

Gemäss Artikel 51 RVOG planen die Departemente ihre Tätigkeiten im Rahmen der Gesamtplanungen des Bundesrats (Legislaturplanung, Jahresziele). Die Bundeskanzlei unterstützt den Bundesrat bei diesen Planungs- und Koordinationsarbeiten (vgl. Art. 30, 32 RVOG).

Die jährliche Planung der Departemente umfasst nicht nur die eigenen Ziele, sondern sie muss auch die Ziele des Bundesrats für das entsprechende Jahr einbeziehen. Für die Ziele der Departemente sind diese selber verantwortlich. Den Departementen steht es folglich frei, die Ziele des Bundesrats innerhalb des gesetzten Rahmens zu differenzieren – und vor allem umzusetzen – oder sie ohne Änderungen in den departementalen Katalog aufzunehmen. Ebenso wird der Katalog der Jahresziele des Bundesrats um zusätzliche, hauptsächlich in den Zuständigkeitsbereich der Departemente fallende Geschäfte, erweitert.

Die inhaltliche Abstimmung spiegelt sich auch in der Form wider. Damit sich die Kommunikation auf Regierungs- und Departementsebene einfacher gestaltet, wurde eine einheitliche und zusammenfassende Darstellung der Ziele der Departemente und der zu ihrer Umsetzung vorgesehenen Massnahmen gewählt. Somit kann ein schneller Überblick über die geplanten Aktivitäten gewonnen werden.

Die Jahresziele 2005 der eidgenössischen Departemente und der Bundeskanzlei bilden die Grundlage für den Bericht des Bundesrates über Schwerpunkte der Verwaltungsführung 2005 (Geschäftsbericht – Band II), den der Bundesrat im Frühjahr 2006 verabschieden wird.

ZIELE FÜR DAS JAHR 2005

Bundeskanzlei

Jahresziele 2005	Massnahmen 2005 *basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2005
Ziel 1	
Abschluss des Projekts „Handeln in ausserordentlichen Lagen“	<ul style="list-style-type: none">– Die Führungsübung Bund 2005 ist erfolgreich durchgeführt– Die Entscheide des Bundesrates für die Information in Krisenfällen sind umgesetzt und die neue Organisation ist operationell– Der Stab Bundesrat ist funktionsfähig
Ziel 2	
Vote électronique: Bewilligung und Evaluation von Pilotversuchen	<ul style="list-style-type: none">– Im Rahmen der Pilotversuche zum Vote électronique hat der Bundesrat die Gesuche der Kantone Genf, Neuenburg und Zürich bis Ende Oktober überprüft und – falls die Bedingungen der Bundesgesetzgebung über die politischen Rechte erfüllt sind – genehmigt*– Die Pilotversuche in den Kantonen sind wissenschaftlich begleitet und ausgewertet– Bis Dezember 2005 liegt der Rohentwurf zu einem vorläufigen Evaluationsbericht über die Machbarkeit von Vote électronique zuhanden der Arbeitsgruppe mit Vertretungen der Kantone und Gemeinden vor
Ziel 3	
Konzept und Start der Verwaltungsreform	<ul style="list-style-type: none">– Die Fragen der Organisation sind geklärt– Ein erstes Modul ist erfolgreich abgeschlossen– Der Bundesrat hat den Bericht über das Konzept der Verwaltungsreform zuhanden des Parlaments verabschiedet*

Ziel 4	
Volksrechtsreform: Umsetzung	<ul style="list-style-type: none"> – Das Vernehmlassungsverfahren zum Vorwurf über die Umsetzung der Volksrechtsreform ist abgeschlossen und ausgewertet – Die Botschaft und Gesetzesentwürfe zu einer Änderung der Bundesgesetzgebung über die politischen Rechte sind vom Bundesrat verabschiedet*
Ziel 5	
Einführung des einheitlichen Erscheinungsbildes Bund	<ul style="list-style-type: none"> – Die Departemente und Ämter haben bis 1. März 2005 die nötigen Grundlagen für die Einführung erhalten – Die interdepartementale Arbeitsgruppe hat bis zum gleichen Termin die Aufsicht über die Einführung, Umsetzung und Durchsetzung des Corporate Design Bund (CD Bund) übernommen – Die Richtlinien für eine verständliche und einheitliche Bezeichnung sowie für die Abkürzungen aller Organisationseinheiten des Bundes sind bis Ende Juni 2005 erstellt und genehmigt
Ziel 6	
Volksinitiative „Volksouveränität statt Behördenpropaganda“	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet*

ZIELE FÜR DAS JAHR 2005

Departement für auswärtige Angelegenheiten

Jahresziele 2005	Massnahmen 2005 *basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2005
Ziel 1	
Das Vertragsnetz zwischen der Schweiz und der EU konsolidieren	– Die Bilateralen Abkommen II und das Zusatzprotokoll zum Freizügigkeitsabkommen sind ratifiziert*
Ziel 2	
Weiterführung des koordinierten Einsatzes der Schweiz in der Schwerpunktregion Südosteuropa	– Die Strategie der Schweizer Aussenpolitik für Südosteuropa ist weiter umgesetzt – Das Engagement der Schweiz im Rahmen des Stabilitätspaktes ist weitergeführt – Die Schweiz hat sich in die Diskussion über die künftige Stellung Kosovos eingebracht – Die Umsetzung des Ohrid-Abkommens in Mazedonien ist mit der Weiterführung des Mavrovo-Prozesses begleitet worden
Ziel 3	
Weiterführung des koordinierten Einsatzes der Schweiz im Mittelmeerbecken	– Die Möglichkeiten einer intensiveren Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und den Staaten des Mittelmeerbeckens und die dazu notwendigen Ressourcen wurden geprüft und sind Gegenstand einer Agenda zur Stärkung des Engagements und der Interessen der Schweiz in dieser Region
Ziel 4	
Beteiligung an den Anstrengungen zur Stabilisierung in Afrika	– Die Schweiz hat sich an den Stabilisierungsbemühungen beteiligt und entsprechend ihren Mitteln humanitäre Hilfe in den Krisenländern geleistet

<p>Ziel 5</p>	
<p>Weitere gezielte Verstärkung des schweizerischen Engagements in der UNO</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Bedingungen für eine verstärkte Teilnahme der Schweiz an den friedenserhaltenden Operationen der UNO sind definiert – Die schweizerischen Positionen für den Gipfel „Millennium+5-Summit“ im Rahmen der 60. UNO-Generalversammlung sind erarbeitet – Ein Aktionsplan mit Schwerpunkten, spezifischen Zielen sowie neuen Finanzierungsinstrumenten zur verbesserten Erreichung der Millennium Development Goals (MDG) ist vom Bundesrat nach dem „Millennium+5-Summit“ verabschiedet – Die Verhandlungen über einen Einbezug ins WEOG- (Western European and other States group) -Rotationsschema für den Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) sind abgeschlossen
<p>Ziel 6</p>	
<p>Stärkung des internationalen Genf</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft betreffend Gewährung eines Darlehens an die Immobilienstiftung für die internationalen Organisationen (FIPOI) zum Bau eines neuen Gebäudes für die Welthandelsorganisation (WTO) in Genf ist vom Bundesrat verabschiedet* – Die Botschaft betreffend Gewährung eines Darlehens an die Immobilienstiftung für die internationalen Organisationen (FIPOI) zum Bau eines neuen Gebäudes für die Internationale Union zur Erhaltung der Natur und der natürlichen Lebensräume (IUCN) in Gland/VD ist vom Bundesrat verabschiedet* – Die Botschaft über die Ausrichtung einer Finanzhilfe an die Stiftung des Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmondmuseums (MICR) in Genf in den Jahren 2006-2009 ist vom Bundesrat verabschiedet*

Ziel 7	
Friedensförderung in der Schweizer Aussenpolitik	– Die erste Schweizer Resolution im Rahmen der UNO-Menschenrechtskommission zum Thema Transitional Justice ist lanciert
Ziel 8	
Vertiefung des Menschenrechtsschutzes	– Die Botschaft betreffend das Fakultativprotokoll zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung gegen die Frau von 1979 (CEDAW) ist vom Bundesrat verabschiedet – Die Vernehmlassung betreffend das erste Zusatzprotokoll zur Konvention des Europarates zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) von 1950 ist durchgeführt
Ziel 9	
Beitritt der Schweiz zum „Open Skies“-Abkommen	– Die Botschaft zum Beitritt zum „Open Skies“-Abkommen ist vom Bundesrat verabschiedet
Ziel 10	
Erarbeitung einer Position der Schweiz zur Bereitstellung von „globalen öffentlichen Gütern“	– Die schweizerische Position zum Bericht der internationalen Task Force „Global Public Goods“ (UNDP-Bericht) ist erarbeitet
Ziel 11	
Festigung der Stellung des EDA in der Exportförderung	– Die Exportförderung bleibt fester Bestandteil des aussenpolitischen Aufgabenkatalogs, welchen die schweizerischen Vertretungen zu erfüllen haben – Die Mittel, welche dem Vertretungsnetz für Exportförderungsaufgaben zur Verfügung stehen, werden schwergewichtig vor Ort zugunsten exportwilliger schweizerischer Unternehmer eingesetzt
Ziel 12	
Präsenz der Schweiz an der Weltausstellung 2005 in Japan	– Die Partnerorganisationen sind in das Rahmenprogramm in Japan 2004 – 2006 eingebunden – Die Wirtschaft ist in das Gesamtprojekt

	<p>eingebunden</p> <ul style="list-style-type: none">- Das Rahmenprogramm mit mindestens 30 Veranstaltungen ist in Zusammenarbeit mit Pro Helvetia, seco, Osec und Schweiz Tourismus durchgeführt
--	---

ZIELE FÜR DAS JAHR 2005

Departement des Innern

Jahresziele 2005	Massnahmen 2005 *basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2005
Ziel 1	
Hochschulförderung	<ul style="list-style-type: none">- Die Vernehmlassung zu einem neuen Hochschulgesetz ist durchgeführt*- Die Durchführung der beiden Projekte neues Hochschulförderungsgesetz und neue Bildungsverfassung erfolgt in enger gegenseitiger Koordination
Ziel 2	
Weiteres Vorgehen bei den Blockzeitenregelungen für die Schulen	<ul style="list-style-type: none">- Im Rahmen der laufenden Arbeiten des Parlaments für den neuen Bildungsartikel in der Verfassung hat der Bundesrat geprüft, inwieweit in diesem verbindliche Blockzeitenregelungen für die Schulen vorzusehen sind, und gegebenenfalls dem Parlament Antrag gestellt*

<p>Ziel 3</p>	
<p>Positionierung der Schweiz im Europäischen Forschungs- und Bildungsraum</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Beteiligung am 6. Forschungsrahmenprogramm ist evaluiert und die Interessen der Schweizer Forschenden und Forschungsinstitutionen im Hinblick auf das 7. Forschungsrahmenprogramm sind abgeklärt – Die Kosten des 7. Forschungsrahmenprogramms und die möglichen Beteiligungsformen (mit voller oder teilweiser Beteiligung an allenfalls ausgelagerten Programmen bzw. Instrumenten der EU) sind geklärt – Die Möglichkeiten einer vereinfachten Erneuerung des Forschungsabkommens mit der EU sind geklärt – Erste Treffen zwischen dem Schweizer Staatssekretär für Bildung und Forschung und dem Generaldirektor für Bildung und Kultur der EU-Kommission zwecks gegenseitiger Information und Vorbereitung der Verhandlungen für eine offizielle Teilnahme der Schweiz an den EU-Bildungsprogrammen haben stattgefunden – Die Botschaft über die Teilnahme an den Bildungs-, Berufsbildungs- und Jugendprogrammen und die Beteiligung am 7. Forschungsrahmenprogramm der EU ist vom Bundesrat verabschiedet*
<p>Ziel 4</p>	
<p>Neues Forschungs- und Innovationsgesetz</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die auf die direkte Forschungsförderung bezogenen Entscheidungsgrundlagen (Organe, Aufgaben, Instrumente, Verfahren) sind konsolidiert. Die notwendige Abstimmung mit den rechtlichen Reformen gemäss Ziel 1 (Hochschulförderung) und mit den gesetzlichen Grundlagen zur Innovationsförderung (namentlich KTI) ist erfolgt – Gestützt auf diese Abklärungen sind die Arbeiten zur Reform des Forschungsgesetzes eingeleitet. Ende Jahr liegt ein erster vernehmlassungsfähiger Entwurf vor

Ziel 5	
Harmonisierung von Personenregistern und Schaffung eines Personenidentifikators Bevölkerung	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft zum Bundesgesetz über die Harmonisierung der Einwohnerregister und anderer amtlicher Personenregister ist vom Bundesrat verabschiedet* – Die Botschaft zum Bundesgesetz über den Personenidentifikator Bevölkerung ist vom Bundesrat verabschiedet*
Ziel 6	
Vorbereitung der Volkszählung 2010	<ul style="list-style-type: none"> – Eine Vernehmlassung auf Stufe EDI bei den Kantonen über die Informationsbedürfnisse und die Erhebungsmethode der Volkszählung 2010 ist durchgeführt
Ziel 7	
Botschaften zur 5. IV-Revision und zur Zusatzfinanzierung der IV	<ul style="list-style-type: none"> – Die Vernehmlassungsverfahren sind abgeschlossen und die drei Botschaften vom Bundesrat verabschiedet. Die wesentlichen Ziele der Vorlagen sind die Dämpfung der Zunahme der Neurenten, die Vereinheitlichung der kantonalen Praxis bei Rentenzusprachen sowie die mittelfristige Sanierung der IV*
Ziel 8	
Botschaft zur Fortsetzung des Impulsprogramms für familienergänzende Kinderbetreuung	<ul style="list-style-type: none"> – Die Evaluation der Einführungsphase (2003/2004) ist abgeschlossen* – Der Bundesrat hat die Botschaft zur Fortsetzung des Impulsprogrammes für familienergänzende Kinderbetreuung mit einem neuen Verpflichtungskredit für die zweite Phase des Bundesgesetzes über Finanzhilfen (2007/2011) verabschiedet*
Ziel 9	
Lancierung von Mehrjahresprogrammen und eines Pilotversuchs zur Umsetzung der 4. IV-Revision	<ul style="list-style-type: none"> – Ein weiteres Mehrjahresprogramm für eine allgemeine gesamtschweizerische Information über die Leistungen der IV ist initiiert (Information der Arbeitgeber) – Ein Mehrjahresprogramm für die wissenschaftliche Auswertung der Umsetzung des IVG (gemäss Art. 96 IVV) ist erstellt – Ein Pilotversuch zur Stärkung der eigenverantwortlichen und selbstbestimmten Lebensführung von behinderten

	Versicherten mit einem Bedarf an Pflege und Betreuung ist initiiert
Ziel 10	
Revision der AHV, Vernehmlassung	– Das Vernehmlassungsverfahren mit Vorschlägen zur finanziellen Sicherung der AHV bis 2020 ist eröffnet*
Ziel 11	
Optimierung der Aufsicht in der beruflichen Vorsorge	<ul style="list-style-type: none"> – Der Bundesrat hat diejenigen Verordnungsänderungen, welche eine Umsetzung der Empfehlungen der Expertenkommission Optimierung der Aufsicht gemäss Bericht vom April 2004 ohne Gesetzesänderung zulassen, erlassen* – Eine Vernehmlassungsvorlage der Folgekommission Strukturreformen in der beruflichen Vorsorge zur Optimierung der Aufsicht (prudentielle Aufsicht und Struktur) liegt vor*
Ziel 12	
Massnahmen zur Sicherung und Weiterentwicklung der beruflichen Vorsorge	<ul style="list-style-type: none"> – Der Bundesrat hat die Verordnungsänderungen zur Umsetzung der dritten Etappe der 1. BVG-Revision (BVV 2 / Klärung des Begriffs „Vorsorge“) verabschiedet – Das Vernehmlassungsverfahren zur Angleichung des Rentenumwandlungssatzes an die realen Verhältnisse (verlängerte Lebenserwartung, veränderte Zinssituation) ist eröffnet* – Der Bundesrat hat den Bericht über das BVG im Vergleich zur AHV (in Erfüllung des Po. Leutenegger Oberholzer 02.3495) verabschiedet* – Der Bundesrat hat den Bericht über die Wachstumswirkungen des institutionellen Zwangssparens (in Erfüllung des Po. Strahm 03.3522) verabschiedet*
Ziel 13	
Weiterentwicklung der Humanmedizin	<ul style="list-style-type: none"> – Die Vernehmlassung zum Entwurf eines Verfassungsartikels und zu einem Bundesgesetz über die Forschung am Menschen ist vom Bundesrat eröffnet* – Das Stammzellenforschungsgesetz ist zusammen mit dem Ausführungsrecht in

	<p>Kraft gesetzt, sofern die Vorlage in der Referendumsabstimmung vom 28. November 2004 gutgeheissen wird</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Vernehmlassung zum Verordnungsrecht im Bereich der Transplantationsmedizin ist eröffnet und die Ergebnisse sind ausgewertet
Ziel 14	
Klärungen im Bereich der universitären Medizinalberufe	<ul style="list-style-type: none"> - Die Vernehmlassung zum Psychologieberufegesetz ist ausgewertet. Der Bundesrat hat über das weitere Vorgehen entschieden* - Die Botschaft über die Aufhebung der Expertenentschädigungen bei den Medizinalprüfungen sowie die Änderung der entsprechenden Verordnung (AMV) sind im Rahmen der Aufgabenverzichtsplanung behandelt und treten am 1. Januar 2006 in Kraft - Die Akkreditierungsentscheide in der human- und zahnmedizinischen Weiterbildung sind gefällt und tragen zur Verbesserung der Prozesse zur Qualitätssicherung und -steigerung bei - Die Kostenfolgeabschätzung zur psychologischen Psychotherapie als selbstständiger Leistung nach KVG ist abgeschlossen und ausgewertet
Ziel 15	
Eröffnung der Vernehmlassung zur strukturellen Revision des Lebensmittelrechts	<ul style="list-style-type: none"> - Auf den 1. 1. 2006 werden in der EU Bestimmungen im Bereich der Lebensmittelhygiene in Kraft gesetzt, was eine Nachführung des schweizerischen Lebensmittelrechts, verbunden mit einer strukturellen Revision der Lebensmittelverordnungen, bedingt. Die Vernehmlassung zu diesem Revisionspaket ist eröffnet
Ziel 16	
Kenntnisnahme und Umsetzung der „Global strategy on diet, physical activity and health“ der Weltgesundheitsorganisation	<ul style="list-style-type: none"> - Der Bundesrat hat die von den Mitgliedstaaten der WHO am 22. Mai 2004 beschlossene Strategie zur Verminderung der ernährungsabhängigen Krankheiten, insbesondere die notwendigen Schritte zur Eindämmung des massiven Anstiegs der Zahl übergewichtiger und adipöser

	Menschen, zur Kenntnis genommen und das weitere Vorgehen beschlossen
Ziel 17	
Vertiefung der Tabakprävention und Erarbeitung von Szenarien einer modernen und effizienten Suchtpolitik	<ul style="list-style-type: none"> – Die Vernehmlassung zum Vorentwurf einer Botschaft über die Genehmigung des WHO-Rahmenübereinkommens zur Bekämpfung des Tabakkonsums und einer Revision der Bestimmungen zum Tabak im Lebensmittelgesetz ist eröffnet – Der Bericht zum Schutz vor dem Passivrauchen (in Erfüllung des Po. WAK-NR 02.3379) ist vom Bundesrat verabschiedet*
Ziel 18	
Revision des Epidemiengesetzes	<ul style="list-style-type: none"> – Das Projekt zur Revision des Epidemiengesetzes 2005 – 2008 ist in Zusammenarbeit mit der Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren lanciert. Die Projektorganisation, der Auftrag und die Finanzierung sind sichergestellt. Die ersten Analysen sind durchgeführt
Ziel 19	
Weitere Verordnungen zum neuen Chemikalienrecht	<ul style="list-style-type: none"> – Der Bundesrat hat die weiteren Verordnungen zum neuen Chemikalienrecht verabschiedet*
Ziel 20	
Erarbeitung der Grundlagen für die Änderung des Unfallversicherungsgesetzes	<ul style="list-style-type: none"> – Die Grundlagen für eine Revision des UVG liegen vor. Ein Bericht über die aktuelle Situation ist erarbeitet und liegt dem Bundesrat zur Genehmigung vor*
Ziel 21	
Botschaft zur Volksinitiative „für tiefere Krankenkassenprämien in der Grundversicherung“	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft ist erarbeitet und vom Bundesrat verabschiedet*
Ziel 22	
Überprüfung des Gesundheitssystems Schweiz	<ul style="list-style-type: none"> – Der OECD/WHO-Bericht über das Gesundheitssystem Schweiz ist abgeschlossen – Der Leistungskatalog ist überprüft und gestrafft – Die Weiterentwicklung von TARMED nach Ablauf der Kostenneutralitätsphase (inkl. Aufbau eines Monitorings) ist begleitet

	<ul style="list-style-type: none"> – Ein Vergütungssystem, das bei bestimmten Behandlungen die Einführung von diagnosebezogenen Fallpreispauschalen vorsieht, ist in Kooperation mit den Kantonen, Versicherern und Leistungserbringern geprüft – Der vom Postulat Kommission für Rechtsfragen NR 00.3178 Regelungslücken im medizinischen Datenschutz verlangte Bericht ist vom Bundesrat verabschiedet*
Ziel 23	
Umsetzung der Teilrevisionen KVG und damit zusammenhängende Arbeiten	<ul style="list-style-type: none"> – Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zu den Ausführungsbestimmungen der KVG-Teilbotschaften durchgeführt. Die Verordnungsbestimmungen können dann in Kraft gesetzt werden, wenn die einzelnen Vorlagen in allfälligen Referendumsabstimmungen bestätigt sind. – Ein erster Situationsbericht zur Versichertenkarte ist erstellt. Dieser Bericht nimmt die Diskussionen und Forderungen im Bereich E-Health auf
Ziel 24	
Erarbeitung des Leistungsauftrags Swissmedic 2007 – 2010	<ul style="list-style-type: none"> – Die Rahmenbedingungen für die Ausarbeitung eines neuen Leistungsauftrags Swissmedic sind vom Departement geklärt und ein erster Entwurf vorbereitet. Die Antwort des Bundesrates auf die Empfehlungen der Geschäftsprüfungskommission SR (Bericht vom 25. August 2004) ist berücksichtigt
Ziel 25	
Förderung und Vermittlung der kulturellen Vielfalt	<ul style="list-style-type: none"> – Das Vernehmlassungsverfahren zum Kulturförderungsgesetz und zum Pro-Helvetia-Gesetz ist eröffnet* – Die Filmförderungskonzepte für die Jahre 2006 bis 2008 (Bereiche Filmschaffen, Angebotsvielfalt, Filmkultur, Aus- und Weiterbildung) sind vom Departement verabschiedet – Die Position der Schweiz zur Ausarbeitung der UNESCO-Konvention über die kulturelle Vielfalt ist vom Bundesrat genehmigt – Der gemeinsam von Seco und BAK verfasste Bericht über die Situation der

	<p>Fahrenden in der Schweiz (in Erfüllung des Po. 03.3426 der SGK-NR) ist vom Bundesrat verabschiedet*</p>
<p>Ziel 26</p>	
<p>Erhaltung und Vermittlung des kulturellen Erbes</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Sofern das Parlament das Gesetz über die Stiftung Schweizerisches Landesmuseum in der ersten Hälfte 2005 verabschiedet hat, sind die für die Gründung der neuen Stiftung notwendigen Schritte abgeschlossen, der Bundesrat hat den Leistungsauftrag für die Jahre 2006 bis 2009 festgelegt und das Departement hat die Leistungsvereinbarung für das Jahr 2006 definiert* – Die Umstellungsarbeiten der Schweizerischen Landesbibliothek auf FLAG sind abgeschlossen, der Bundesrat hat den Leistungsauftrag für die Jahre 2006 bis 2008 festgelegt und das Departement hat die Leistungsvereinbarung für das Jahr 2006 definiert* – Der Bundesrat hat die Finanzierung der Tätigkeiten des Vereins Memoriav in den Jahren 2006 bis 2010 beschlossen* – Dem Departement liegt ein Bericht über die künftige nationale Memopolitik vor – Die baulichen Massnahmen beim Schweizerischen Landesmuseum (Sanierung Hauptsitz in Zürich und Umbau Sammlungszentrum in Affoltern) sind in Angriff genommen – Das Bundesgesetz über den internationalen Kulturgütertransfer ist in Kraft gesetzt und ein erster bilateraler Staatsvertrag über die Einfuhr und die Rückführung von Kulturgut ist abgeschlossen*
<p>Ziel 27</p>	
<p>Umsetzung der Lohnleichheit von Frau und Mann bei Beschaffungen des Bundes</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Die Personalverantwortlichen von Unternehmen sind über die Anforderungen der Lohnleichheit und deren Überprüfbarkeit im Rahmen der Beschaffung informiert – Ein Netz von Expertinnen und Experten für die Überprüfung der Lohnleichheit ist aufgebaut. Die Expertinnen und Experten sind ausgebildet

	<ul style="list-style-type: none"> – Der Vollzug von Art. 8 Abs. 1 Bst. c des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen ist in enger Zusammenarbeit mit der Beschaffungskommission des Bundes konkretisiert
Ziel 28	
Unterstützung der Prävention von häuslicher Gewalt	<ul style="list-style-type: none"> – Zur Unterstützung der Prävention von häuslicher Gewalt ist ein Seminar mit den Fachleuten der Schweiz, die Täterprogramme oder Täterberatung anbieten, durchgeführt
Ziel 29	
Optimierung der Militärversicherung	<ul style="list-style-type: none"> – Die Verordnung zur Übertragung der Führung der Militärversicherung an die Suva ist verabschiedet – Der Bericht über die Doppelspurigkeiten der Militärversicherung mit den anderen Sozialversicherungen (in Erfüllung des Po. SGK-N 04.3205) ist vom Bundesrat verabschiedet*

ZIELE FÜR DAS JAHR 2005

Justiz- und Polizeidepartement

Jahresziele 2005	Massnahmen 2005 <small>*basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2005</small>
Ziel 1	
Umsetzung der Justizreform	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft zu einer Schweizerischen Strafprozessordnung und einem Schweizerischen Jugendstrafverfahren ist verabschiedet*
Ziel 2	
Koordination im Migrationsbereich	<ul style="list-style-type: none"> – Die von der Interdepartementalen Arbeitsgruppe Migration vorgeschlagenen Massnahmen, insbesondere die Rückkehrförderung, die Verhandlung von Rückübernahme- und Visaabkommen und die Verbesserung des Flüchtlingsschutzes, sind umgesetzt
Ziel 3	
Optimierung der internationalen Justiz- und Polizeizusammenarbeit	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft zur Ratifikation des Zusatzprotokolls Nr. 14 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) betreffend Änderungen des Kontrollmechanismus der EMRK ist verabschiedet* – Die Botschaft zur Ratifikation des Fakultativprotokolls zur Folterkonvention ist verabschiedet* – Die Botschaft zu einem Staatsvertrag über die Zusammenarbeit mit EUROPOL ist verabschiedet* – Die Botschaft zum Polizeikooperationsübereinkommen mit Lettland und Tschechien ist verabschiedet* – Die Botschaft zur Polizeizusammenarbeit mit Frankreich ist verabschiedet* – Die Botschaft zum Vertrag zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über die Zusammenarbeit im Rahmen der schweizerischen Informationssysteme für Fingerabdrücke und DNA-Profile ist verabschiedet*

Ziel 4	
Verbesserung der internationalen Rechtshilfe in Strafsachen	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft zu einem Vertrag über internationale Rechtshilfe in Strafsachen mit Brasilien ist verabschiedet* – Die Botschaft zu einem Vertrag über internationale Rechtshilfe in Strafsachen mit Argentinien liegt im Entwurf vor
Ziel 5	
Massnahmen im Bereich innere Sicherheit	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft zu den Teilrevisionen des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS), des Strafgesetzbuches (StGB) und des Bundesgesetzes betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (BÜPF) betreffend Massnahmen gegen Gewaltpropaganda, Gewalt bei Sportveranstaltungen und Rassismus ist verabschiedet* – Die Vernehmlassung zu einer Teilrevision des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS) vorab in den Bereichen des Extremismus und Terrorismus ist eröffnet* – Die Botschaft zum Bundesgesetz über die Anwendung polizeilichen Zwangs im Bereich des Ausländerrechts und der Häftlingstransporte im Auftrag des Bundes (Polizeizwangsgesetz) ist verabschiedet* – Die Botschaft zur Änderung des nStGB vom 13. 12. 2002 betreffend die Umsetzung von Artikel 123a BV über die lebenslängliche Verwahrung extrem gefährlicher Straftäter und einzelne nachträgliche Korrekturen am neuen Massnahmerecht ist verabschiedet* – Die Vernehmlassung zur Revision des Ausweisgesetzes ist durchgeführt und die Botschaft ist verabschiedet*
Ziel 6	
Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft über einen Bundesbeschluss zu drei Übereinkommen auf dem Gebiet des Patentrechts und eine Änderung des Bundesgesetzes über die Erfindungspatente ist verabschiedet* – Die Botschaft zur Umsetzung des Haager Trustübereinkommens ist verabschiedet*

	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft zur Revision des Lugano-Übereinkommens ist verabschiedet* – Die Botschaft zur Ratifizierung des Haager Wertpapierübereinkommens ist verabschiedet* – Die Botschaft zur Teilrevision des Obligationenrechts (OR) und des Bundesgesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) (Konsumentenschutz) ist verabschiedet* – Die Vernehmlassung zu einer Revision des Aktienrechts ist eröffnet* – Die Vernehmlassung zu einem Vorentwurf und Begleitbericht zu allfälligen Ersatzmassnahmen bei einer Aufhebung des Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland ist eröffnet* – Die notwendigen Verordnungen und Weisungen an die Kantone zur Umsetzung des Protokolls zum Freizügigkeitsabkommen sind in Kraft gesetzt
Ziel 7	
Vernehmlassung zum Haager Kinderschutzübereinkommen	<ul style="list-style-type: none"> – Die Vernehmlassung zum Haager Kinderschutzübereinkommen von 1996 ist eröffnet*

ZIELE FÜR DAS JAHR 2005

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

Jahresziele 2005	Massnahmen 2005 *basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2005
Ziel 1	
Einleiten der Prozesse für die Weiterentwicklung der Armee	<ul style="list-style-type: none"> – Der Bericht über die Erreichung der Ziele der Armee gemäss Art. 149b MG ist als Zwischenbericht erstellt
Ziel 2	
Anpassung der Strukturen und Stärkung der Führung im Sicherheitsbereich	<ul style="list-style-type: none"> – Die Beschlüsse zu den strukturpolitischen Pendenzen aus dem Projekt USIS bezüglich allfälliger Neuunterstellung sind gefällt – Die Beschlüsse zur Stärkung der sicherheitspolitischen Führung sind gefällt. Der Bundesrat hat das weitere Vorgehen für einen übergeordneten Krisenstab festgelegt*
Ziel 3	
Strategisches Risikomanagement auf Stufe VBS	<ul style="list-style-type: none"> – Ein Frühwarnsystem auf Stufe VBS ist etabliert und umgesetzt
Ziel 4	
Umsetzung der neuen Strategie und Konsolidierung der neuen Strukturen Information und Kommunikation VBS	<ul style="list-style-type: none"> – Die Strategie Kommunikation VBS ist auf allen Stufen und in allen Departementsbereichen umgesetzt und wird angewendet – Die Reorganisation Info/Komm VBS ist abgeschlossen und die Umsetzung / Konsolidierung in den neuen, konzentrierten Strukturen ist erfolgt

Ziel 5	
Ausrichtung des Rechnungswesens VBS auf das neue Rechnungsmodell Bund (NRM)	<ul style="list-style-type: none"> – Das neue Rechnungsmodell Bund (NRM) wird nach den Vorgaben des EFD und unter Berücksichtigung des Prototyps NRM VBS bearbeitet – Die Koordination, die Qualität und der Wirkungsgrad des Finanzreportings wird zusätzlich gesteigert – Das Budget VBS ist bezüglich Anteil der Investitionsausgaben optimiert
Ziel 6	
Umsetzung des Personalumbaus und -abbaus sowie der Personalstrategien VBS	<ul style="list-style-type: none"> – Die Personalabbauvorgaben werden eingehalten und der Personalumbau und -abbau erfolgt nach den Grundsätzen der Personalmigration – Die neuen Prozesse und Strukturen sind in allen Organisationseinheiten konsolidiert – Die von der Departementsleitung verabschiedeten Konzepte und Instrumente im Rahmen der Personalstrategien VBS sind umgesetzt
Ziel 7	
Konsolidierung der Informatik VBS bezüglich der Vorgaben aus verschiedenen Projekten (IT VBS XXI, VBS XXI und NRM)	<ul style="list-style-type: none"> – Die SAP-Systeme VBS sind für das neue Rechnungsmodell Bund (NRM) vorbereitet und die Mandantenstruktur VBS ist bereinigt – Die neue Netzstrategie VBS ist umgesetzt – Die Vorbereitungen für die Leistungsverrechnung zwischen Leistungsbezüglern und Leistungserbringern sind getroffen
Ziel 8	
Für sämtliche Anlagen, Systeme und Tätigkeiten Regelung, wie bis Ende 2008 die umwelt- und raumplanungsrechtlichen Vorgaben des Bundes eingehalten werden	<ul style="list-style-type: none"> – Die Bestandesaufnahme ist abgeschlossen und die Massnahmenpläne für das Erreichen der Rechtskonformität liegen vor
Ziel 9	
Übertragung der operationellen Umsetzung an den W+T-Ausschuss und Etablierung des Netzwerkes im VBS	<ul style="list-style-type: none"> – Die Forschungsprogramme der Departementsbereiche sind gegenseitig abgestimmt und die Kompetenzen definiert

Ziel 10	
Sicherheit durch Kooperation	<ul style="list-style-type: none"> – Die Strategie des VBS betreffend die internationale Zusammenarbeit der Armee wird mit Weisungen des Chefs VBS konkretisiert und politisch abgestützt – Die friedensfördernden Einsätze der Schweizer Armee laufen in einem glaubwürdigen Rahmen weiter – Die Botschaft zur Verlängerung des SWISSCOY-Einsatzes ab 2006 im Rahmen der multinationalen Kosovo Force (KFOR) ist vom Bundesrat verabschiedet* – Die schweizerische Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik ist weiterentwickelt – Die Strategie zur optimalen Nutzung der nationalen und internationalen Beiträge der Schweiz im Rahmen der sicherheitspolitischen Gemeinschaft ist entwickelt
Ziel 11	
Streitkräfteentwicklung und Ausbildung	<ul style="list-style-type: none"> – Ein Konzept betreffend die mittel- und langfristige Entwicklung der Sicherheitspolitik und insbesondere der Streitkräfte ist erstellt
Ziel 12	
Sicherstellung der geforderten Einsätze und Aufbau einer massgeschneiderten Grundbereitschaft der Armee	<ul style="list-style-type: none"> – Die vom Bundesrat und/oder Parlament geforderten Einsätze sind sichergestellt – Die Leistungen der Armee zu Gunsten Dritter gemäss Verordnung über den Einsatz militärischer Mittel für zivile und ausserdienstliche Tätigkeiten sind reduziert
Ziel 13	
Voraussetzungen für ersten Schritt in Richtung weiterentwickelte Armee	<ul style="list-style-type: none"> – Die mittelfristige Weiterentwicklung der Armee ist konkretisiert
Ziel 14	
Verstärkung der Leistungsfähigkeit für Existenzsicherungs- und Raumsicherungsoperationen	<ul style="list-style-type: none"> – Die Ausserdienststellung führt durch Betriebskostenreduktion zu Einsparungen in der Logistik – Das Rüstungsprogramm 05 ist auf die Armee 2011 ausgerichtet
Ziel 15	
Ausrichtung des Verteidigungsbereichs bezüglich Prozesse, Strukturen und Aufgaben auf die Bedürfnisse und Rahmen-	<ul style="list-style-type: none"> – Der Personalumbau und -abbau ist gemäss den Vorgaben des Departements umgesetzt – Die Prozesse und Strukturen in den Berei-

bedingungen des Departements	<p>chen Streitkräftebeziehungen und Sicherheitskooperation sind operationell</p> <ul style="list-style-type: none"> – Die Kommunikationsstrategien V und VBS sind abgeglichen und von den Entscheidungsgremien verabschiedet
Ziel 16	
Die Weiterentwicklung der Schweizer Armee wird mehrheitlich verstanden und mitgetragen	<ul style="list-style-type: none"> – Die Angehörigen der Armee, speziell die Kader, sowie die Wirtschaft, Medien und Kantone verstehen mehrheitlich den Grundgedanken der Weiterentwicklung der Armee
Ziel 17	
Bericht über die Führungsstrukturen und Unterstellungsverhältnisse der neuen Armee an die Bundesversammlung	<ul style="list-style-type: none"> – Der Bericht über die Führungsstrukturen der Armee und die Unterstellungsverhältnisse gemäss Art. 13 Abs. 2 der Verordnung der Bundesversammlung über die Organisation der Armee ist erstellt und vom Bundesrat verabschiedet*
Ziel 18	
Über den gesamten Lebensweg sind die Kosten optimiert und die Flexibilität erhöht	<ul style="list-style-type: none"> – Der Nachweis „fit for mission“ schliesst die Beschaffungsphase ab und ermöglicht die Nutzung von Systemen, Material und Bauteilen durch die Armee und/oder den Bevölkerungsschutz – Die Bereinigung der Schnittstellen zwischen Armasuisse und Verteidigungsbereich führt zu einer effizienteren und kostengünstigeren Vorhabensplanung und gewichtet die Ausserdienststellungsphase, insbesondere den Verkauf, richtig
Ziel 19	
Umsetzung Projekt Immobilien VBS XXI in der Armasuisse	<ul style="list-style-type: none"> – Die Neuorganisation Immobilien ist in der neuen Struktur operationell und die Abläufe sind eingeführt – Die Einführung NRM und der Start des Mietermodells als Pilot sind vorbereitet
Ziel 20	
Neues Geoinformationsgesetz	<ul style="list-style-type: none"> – Das Vernehmlassungsverfahren ist durchgeführt und ausgewertet*

Ziel 21	
Weiterentwicklung Armasuisse mit Teilbereichen in FLAG	<ul style="list-style-type: none"> – Die Geschäftspläne und die Leistungsaufträge für die Bereiche „W+T“ und „Bau“ sind eingereicht
Ziel 22	
Konsolidierung und Weiterentwicklung des Verbundsystems Bevölkerungsschutz	<ul style="list-style-type: none"> – Das Verbundsystem Bevölkerungsschutz ist konsolidiert – Die mittelfristige Weiterentwicklung des Bevölkerungsschutzes ist konzipiert – Die Empfehlungen zur Verbesserung des nationalen ABC-Schutzes sind erarbeitet
Ziel 23	
Konsolidierung und Weiterentwicklung des Bundesamts für Bevölkerungsschutz (BABS)	<ul style="list-style-type: none"> – Der Geschäftsplan und der Leistungsauftrag für das Projekt FLAG sind eingereicht – Das Integrierte Managementsystem (IMS) ist im BABS eingeführt – Die Abbauvorgaben beim Personal sind erfüllt und die weitere Planung für 2006 und 2007 ist erstellt
Ziel 24	
Umsetzung der Massnahmen des Konzepts des Bundesrates für eine Sportpolitik in der Schweiz	<ul style="list-style-type: none"> – Die Massnahmen 2003 – 2005 sind evaluiert und interpretiert – Die Massnahmen ab 2007 sind definiert und der finanzielle Rahmen vom Bundesrat beschlossen
Ziel 25	
Umsetzung Neuorganisation Bundesamt für Sport (BASPO)	<ul style="list-style-type: none"> – Die Aufgaben, Strukturen und Prozesse sind auf die neue Organisation ausgerichtet und der Direktionswechsel ist auf den 1. April 2005 vollzogen
Ziel 26	
Internationales Jahr des Sports und der Sporterziehung 2005	<ul style="list-style-type: none"> – Die Aktivitäten zum Jahr des Sports sind in der Schweiz breit wahrgenommen worden – Das Jahr des Sports hat alle definierten Zielgruppen erreicht

ZIELE FÜR DAS JAHR 2005

Finanzdepartement

Jahresziele 2005	Massnahmen 2005 *basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2005
Ziel 1	
Unternehmenssteuerreform II	– Die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet*
Ziel 2	
Vereinfachung der Mehrwertsteuer	– Die Vernehmlassungsvorlage ist vom Bundesrat verabschiedet*
Ziel 3	
Bundesgesetz über die Finanzmarktaufsicht	– Die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet*
Ziel 4	
Totalrevision des Bundesgesetzes über die Pensionskasse des Bundes	– Die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet*
Ziel 5	
Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen	– Die Botschaft mit den Gesetzesänderungen in den einzelnen Aufgabenbereichen ist vom Bundesrat verabschiedet*
Ziel 6	
Aufgabenverzichtsplanning Bund	– Der Bericht, allenfalls eine Botschaft, ist vom Bundesrat verabschiedet*
Ziel 7	
Vereinfachung der Nachbesteuerung in Erbfällen und Einführung der straflosen Selbstanzeige	– Die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet*
Ziel 8	
Einführung von Massnahmen zur Um- und Durchsetzung der bestehenden Bestimmungen über die Steuerharmonisierung II	– Die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet*

Ziel 9	
Vereinheitlichung der zeitlichen Bemessung bei den direkten Steuern des Bundes, der Kantone und Gemeinden	– Die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet
Ziel 10	
Neue Eigenmittelvorschriften des Basler Ausschusses (Basel II)	– Die Vernehmlassung zur Umsetzung der neuen Eigenmittelvorschriften ist durchgeführt*
Ziel 11	
Optimierung Versicherungsaufsicht	– Die Neuausrichtung des Bundesamtes für Privatversicherungen ist plangemäss fortgeschritten
Ziel 12	
Umsetzung der revidierten 40 Empfehlungen der Arbeitsgruppe zur Bekämpfung der Geldwäscherei (FATF)	– Die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet*
Ziel 13	
Totalrevision des Bundesgesetzes über die Anlagefonds (neu: Bundesgesetz über die kollektiven Kapitalanlagen)	– Die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet*
Ziel 14	
Bundesgesetz über die Verwahrung und Übertragung von Bucheffekten	– Die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet*
Ziel 15	
Beurteilung möglicher familienpolitischer Massnahmen	– Der Bericht über familienpolitische Massnahmen im Sozial- und Steuerrecht ist vom Bundesrat verabschiedet*
Ziel 16	
Umbau mit Perspektiven	– Das Job-Center ist ab Frühjahr für die ganze Bundesverwaltung operativ
Ziel 17	
Änderung des Mineralölsteuergesetzes	– Die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet*

Ziel 18	
Bundesgesetz über die Biersteuer (zusammen mit einem BG über die Sonderabgabe auf süssen, vergorenen Mischgetränken)	– Die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet*
Ziel 19	
Revision des Automobilsteuergesetzes zur Differenzierung der Automobilsteuersätze nach ökologischen Kriterien	– Die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet*
Ziel 20	
Bundesgesetz über eine Abgabe für die Benützung von Nationalstrassen	– Die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet*
Ziel 21	
Prüfung der Bundessubventionen (Zweite Subventionsüberprüfung)	– Der Bericht ist vom Bundesrat verabschiedet*
Ziel 22	
Beitritt der Schweiz zum Übereinkommen über die gegenseitige Amtshilfe im Zollbereich (sog. Johannesburg-Konvention der Weltzollorganisation)	– Die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet*

ZIELE FÜR DAS JAHR 2005

Volkswirtschaftsdepartement

Jahresziele 2005	Massnahmen 2005 *basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2005
Ziel 1	
Fortführung der Umsetzung des Wachstumspakets	<ul style="list-style-type: none">– Die Interdepartementale Arbeitsgruppe Wachstum hat dem Bundesrat über die Fortschritte bei der Umsetzung des Wachstumspakets Bericht erstattet. Der Bundesrat hat über allfällige zusätzliche Massnahmen entschieden*– Der Bericht zu einem Massnahmenpaket zu Gunsten der Arbeitsmarktbeteiligung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist vom Bundesrat verabschiedet*
Ziel 2	
Förderung des Unternehmensstandorts Schweiz	<ul style="list-style-type: none">– Die Entscheidungsgrundlagen zur verstärkten Synergienutzung im Business Network Switzerland liegen vor– Der Bericht zur Koordination der Landeswerbung liegt vor– Die Botschaft zur Finanzierung der Exportförderung für die Jahre 2006 – 2007 und der Evaluationsbericht zur Exportförderung sind vom Bundesrat verabschiedet*– Die Stellungnahme des Bundesrates zur parlamentarischen Initiative über die Stärkung des Bürgerschaftswesens liegt vor
Ziel 3	
Optimierung der Regionalpolitik	<ul style="list-style-type: none">– Die Botschaft über die Regionalpolitik ist vom Bundesrat verabschiedet*

Ziel 4	
Beibehalten eines flexiblen Arbeitsmarkts und fairer Arbeitsbedingungen	<ul style="list-style-type: none"> – Offene inhaltliche Fragen zum Arbeitsgesetz und seinen Verordnungen sind bereinigt – Der Vollzug der Aufgaben aus dem Arbeitslosenversicherungsgesetz und Arbeitsvermittlungsgesetz (Betrieb) ist sichergestellt – Eine neue IT-Anwendung für die Wiedereingliederung der bei den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren gemeldeten Stellensuchenden (AVAM) ist entwickelt; die ALV-Finanzanwendungen sind ersetzt; Die LAMDA (Labour market data analysis) ist weiterentwickelt
Ziel 5	
Festigung der Beziehung zu Europa	<ul style="list-style-type: none"> – Die bilateralen Beziehungen mit der Europäischen Union sind gefestigt – Das Zusatzprotokoll zum Freizügigkeitsabkommen ist ratifiziert* – Die Bilateralen II sind ratifiziert* – Die flankierenden Massnahmen zum Personenverkehr (FlaM II) und deren Vollzug (Effiziente Umsetzung) sind konsolidiert – Die Vorbereitung im Hinblick auf einen Beitrag zur Kohäsion an die erweiterte EU ist abgeschlossen
Ziel 6	
Weiterführung der multilateralen Verhandlungen im Rahmen der Doha-Runde der WTO	<ul style="list-style-type: none"> – Die Schweiz hat an der Doha Runde der WTO aktiv und offensiv teilgenommen (Vorbereitungen der Ministeriellen Konferenz in Hongkong im Dezember) – Der Bundesrat hat das Verhandlungsmandat präzisiert und ergänzt*
Ziel 7	
Verbesserter Zugang zu den ausländischen Märkten	<ul style="list-style-type: none"> – Die Verhandlungen über Freihandelsabkommen im Rahmen der EFTA mit Tunesien, Ägypten, der Südafrikanischen Zollunion (SACU) und Kanada zur Vermeidung von Diskriminierungen der Schweizer Wirtschaft gegenüber den Hauptkonkurrenten (insbesondere EU, USA, Japan) auf Drittmärkten sind abgeschlossen* – Die Verhandlungen über Freihandelsabkommen im Rahmen der EFTA insbeson-

	<p>dere mit Südkorea, Thailand und Algerien sind nach Möglichkeit aufgenommen*</p> <ul style="list-style-type: none"> – die Machbarkeit von Verhandlungen mit den USA ist geprüft*
Ziel 8	
Fortsetzung der wirtschaftlichen und handelspolitischen Zusammenarbeit mit den Entwicklungs- und Transitionsländern	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft über die verstärkte Kooperation mit Osteuropa liegt vor – Die Finanzierung der multilateralen Finanzhilfe ist sichergestellt
Ziel 9	
Zweiter Bericht der Schweiz zur Umsetzung des Internationalen Pakts der UNO über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte	<ul style="list-style-type: none"> – Der Bericht ist vom Bundesrat verabschiedet*
Ziel 10	
91. und 92. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz 2005	<ul style="list-style-type: none"> – Der entsprechende Bericht und die Botschaft sind vom Bundesrat verabschiedet*
Ziel 11	
Situation der Fahrenden in der Schweiz	<ul style="list-style-type: none"> – Der gemeinsam mit dem Departement des Innern in Erfüllung des Po. SGK-NR 03.3426 erstellte Bericht ist vom Bundesrat verabschiedet*
Ziel 12	
Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Landwirtschaftssektors	<ul style="list-style-type: none"> – Die Vernehmlassung zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik und zum Finanzrahmen 2008 – 2011 (AP 2011) ist eröffnet* – Der Bericht zur Entwicklung der Milchwirtschaft nach dem Ausstieg aus der Kontingentierung ist vom Bundesrat verabschiedet* – Die Vollzugsbestimmungen zur Agrarpolitik 2007 und zu den Sparmassnahmen des Entlastungsprogramms 2004 (EP 04) sind umgesetzt – Der 6. Agrarbericht, in dem die Entwicklung der Landwirtschaft hinsichtlich Nachhaltigkeit durch ein angemessenes Monitoring nachzuweisen ist, ist publiziert – Die Schlussverhandlungen zum Landwirtschaftsdossier im Rahmen der Doha-Runde der WTO sind so beeinflusst, dass die konkreten Resultate die in der Verfassung

	festgelegten Aufgaben der Landwirtschaft nicht in Frage stellen
Ziel 13	
Konkretisierung der Reformprojekte Hochschullandschaft 2008	<ul style="list-style-type: none"> – Die Vernehmlassung zum neuen Hochschulgesetz ist abgeschlossen. Der Bundesrat hat über das weitere Vorgehen beschlossen* – Der Beitrag des EVD zum gemeinsamen Bericht von EVD und EDI an die Finanzkommission des Nationalrates zu den Kosten der Hochschulen liegt vor
Ziel 14	
Planmässige Umsetzung der langfristigen Reformziele der Fachhochschulen	<ul style="list-style-type: none"> – Die Revision der bundesrätlichen Fachhochschulverordnung ist abgeschlossen* – Die Revision der Fachhochschulverordnungen auf Stufe EVD (Zulassungsverordnung, Verordnung über die Studiengänge und die Titel an den Fachhochschulen, Titelumwandlungsverordnung und Anerkennung der FH-Diplome, Verordnung über die Nachdiplomstudien an den Fachhochschulen, Akkreditierungsrichtlinien) ist abgeschlossen – Der Bericht Fachhochschulen und Bologna-Modell in Erfüllung des Po. Strahm 02.3627 ist vom Bundesrat verabschiedet* – Der Bericht Freie Berufe in Erfüllung des Po. Cina 03.3663 ist vom Bundesrat verabschiedet* – Eine Vereinbarung zwischen Bund und Kantonen über Grundsätze des Studienangebots an den Fachhochschulen ist abgeschlossen* – Der Bericht der Eidgenössischen Fachhochschulkommission über die gesamtschweizerische Koordination der Fachhochschulen in den Bereichen Bau, Life Sciences und Design liegt dem Bundesrat vor*

<p>Ziel 15</p> <p>Stärkung der Innovationsfähigkeit am Standort Schweiz</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Ein Bericht mit Grundelementen einer künftigen Innovationspolitik liegt vor – Projekte zur Stärkung der Exzellenz in angewandter Forschung und Unternehmertum sind planmässig gefördert – Die Kompetenzen in angewandter Forschung und Entwicklung an den Fachhochschulen sind gestärkt – Die fälligen Überprüfungen der Erneuerung der Anerkennung der Nationalen Kompetenznetze der Fachhochschulen sind durchgeführt – Die Präsenz der angewandten Forschung und Entwicklung auf internationaler Ebene ist planmässig ausgebaut – Die Valorisierung des Wissens durch die Stärkung des Wissens- und Technologietransfers zwischen Hochschulen und Unternehmen ist gemeinsam mit den Partnern (Bundesamt für Berufsbildung und Technologie, Seco, EDI, Hochschulen) verbessert – Der Bericht „Nutzung von Patenten und Talenten“ in Erfüllung des Po. Fässler 03.3100 ist vom Bundesrat verabschiedet*
<p>Ziel 16</p> <p>Steigerung von Qualität und Attraktivität der Berufsbildung</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Der Masterplan Berufsbildung ist umgesetzt – Die Umsetzung des neuen Berufsbildungsgesetzes ist nach Plan durchgeführt; eine weitere Staffel von Bildungsverordnungen ist gemäss Vorgaben im Masterplan in Kraft gesetzt – Das Vernehmlassungsverfahren über die Integration des Schweizerischen Instituts für Berufspädagogik in die Hochschullandschaft ist abgeschlossen. Die Verordnung ist in Kraft gesetzt – Das Konzept zur Totalrevision der Berufsmaturitätsverordnung ist erstellt – Der Bericht über die Nachfrageorientierte Weiterbildung in Erfüllung des Po. WBK-NR 00.3605 ist vom Bundesrat verabschiedet* – Der Bericht über die Bildungsangebote an landwirtschaftlichen Schulen in Erfüllung des

	Po. Fässler 01.3765 ist vom Bundesrat verabschiedet*
Ziel 17	
Revision des Mietrechts	– Die Vernehmlassung zu einer Teilrevision des Mietrechts im Obligationenrecht ist durchgeführt*
Ziel 18	
Verlängerung der Massnahmen zur Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten	– Die Vernehmlassung zu einer Änderung des Bundesgesetzes über die Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten ist durchgeführt – Der Bundesrat hat die Botschaft verabschiedet*
Ziel 19	
Festlegung der weiteren Geschäftspolitik der SAPOMP Wohnbau AG	– Der Leistungsauftrag an die SAPOMP Wohnbau AG ist erneuert
Ziel 20	
Konsolidierung des Bundesamts für Wohnungswesen als Kompetenzzentrum für das Wohnungswesen	– Die Frage der Konzentration wohnungsbezogener Tätigkeiten im Bundesamt für Wohnungswesen ist im Rahmen der Aufgabenverzichtplanung geprüft
Ziel 21	
Revision des Konsumenteninformationsgesetzes	– Die Botschaft ist vom Bundesrat verabschiedet*
Ziel 22	
Strategie betreffend die Weiterentwicklung des Zivildienstes	– Die Strategie betreffend die Weiterentwicklung des Zivildienstes ist definiert und im Leistungsauftrag 2006-2008 festgeschrieben
Ziel 23	
Restrukturierung und Optimierung der Durchführung der Pflichtlagerhaltung	– Der Handlungsbedarf und das Sparpotential sind analysiert

ZIELE FÜR DAS JAHR 2005

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Jahresziele 2005	Massnahmen 2005 *basierend auf den Zielen des Bundesrats für das Jahr 2005
Ziel 1	
Umsetzung der Umweltpolitik auf nationaler und internationaler Ebene	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft zur Revision des Waldgesetzes ist vom Bundesrat verabschiedet* – Der Entscheid des Bundesrates zur Klimapolitik ist getroffen und eine allfällige Botschaft verabschiedet* – Die neue Verordnung über den Verkehr mit Abfällen (VeVA) ist vom Bundesrat verabschiedet – Der Bericht über die Auswirkungen der Klimaerwärmung im Berggebiet (in Erfüllung des Po. SP-Fraktion 01.3615) ist vom Bundesrat genehmigt* – Der Bundesrat hat über die 4. Wiederauffüllung des Globalen Umwelt-Fonds (GEF) entschieden
Ziel 2	
Gesamtheitliche Sicht der Verkehrsnetze	<ul style="list-style-type: none"> – Der Programmteil zum Sachplan Verkehr ist vorbereitet
Ziel 3	
Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur	<ul style="list-style-type: none"> – Der Bundesrat hat die Botschaft zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur (insbesondere in den Agglomerationen) verabschiedet*
Ziel 4	
Weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen im öffentlichen Verkehr	<ul style="list-style-type: none"> – Die Botschaft zur Bahnreform 2 und zur Übernahme der Interoperabilitätsrichtlinien ist vom Bundesrat verabschiedet*

Ziel 5	
Konkretisierung der Raumordnungspolitik	<ul style="list-style-type: none"> – Die Vernehmlassung zur Teilrevision des Raumplanungsgesetzes betreffend den Bereich der Landwirtschaft ist durchgeführt*
Ziel 6	
Sicherung des Betriebs einer leistungsfähigen Strasseninfrastruktur	<ul style="list-style-type: none"> – Der Standortentscheid zur Errichtung einer Schwerverkehrsmanagementfläche in der Schweiz ist getroffen und die notwendige weitere Projektierung ausgelöst – Die Verfügbarkeit der vorhandenen Verkehrsfläche im Nationalstrassenbereich ist durch geeignetes Unterhalts- und Baustellenmanagement optimiert
Ziel 7	
Erhöhung der Sicherheit im Strassenverkehr	<ul style="list-style-type: none"> – Der Schlussbericht zur neuen Strassenverkehrs-Sicherheitspolitik ist vom Bundesrat gutgeheissen. Die Richtungsentscheide zur Umsetzung sind getroffen* – Die gesetzlichen Grundlagen für die Einführung des digitalen Fahrschreibersystems sind vom Bundesrat verabschiedet – Der Bericht zur Bedeutung und Förderung des Langsamverkehrs (in Erfüllung des Po. Aeschbacher 01.3402) ist vom Bundesrat genehmigt*
Ziel 8	
Luftfahrtspolitik und Luftverkehrssicherheit	<ul style="list-style-type: none"> – Ein wesentlicher Teil des Aktionsplans SAFIR ist umgesetzt – Die Botschaft zum Beitritt der Schweiz zur Europäischen Agentur für Flugsicherheit ist vom Bundesrat verabschiedet* – Das Montrealer Übereinkommen ist ratifiziert und die Anpassung des nationalen Luftrechts eingeleitet
Ziel 9	
Energieperspektiven für die Weiterentwicklung der Energie- und Klimaschutzpolitik	<ul style="list-style-type: none"> – Der Zwischenbericht über langfristige Energieperspektiven als Basis für die Diskussion über die Weiterentwicklung der Energie- und Klimaschutzpolitik liegt vor

Ziel 10	
Ergänzung der Gesetzgebung im Bereich Kernenergie	<ul style="list-style-type: none"> – Die Vernehmlassung zum Kernenergiehaftpflichtgesetz ist durchgeführt und ausgewertet – Die Botschaft zu einem Bundesgesetz über die Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernenergie (HSK) ist UVEK-intern bereinigt – Die weiteren zum Vollzug des Kernenergiegesetzes erforderlichen Verordnungen sind vom Bundesrat in Kraft gesetzt – Der Bericht über die oberirdischen Auswirkungen eines Atommüllendlagers (in Erfüllung des Po. Fehr Hans-Jürg 03.3279) ist vom Bundesrat verabschiedet*
Ziel 11	
Fortschreibung der Kommunikationspolitik	<ul style="list-style-type: none"> – Die Strategie für eine Informationsgesellschaft in der Schweiz nach 2005 ist vom Bundesrat genehmigt* – Die Vernehmlassung zu den Entwürfen der Verordnungen zum revidierten Fernmeldegesetz ist eröffnet
Ziel 12	
Reorganisation der Sicherheitsaufsicht	<ul style="list-style-type: none"> – Gesetzesentwürfe und Botschaft über die Reorganisation der Sicherheitsaufsicht im UVEK sind vom Bundesrat verabschiedet*

Die Ziele des Bundesrats im Jahr 2005: Überblick

- Ziel 1: Die Bildung und die Forschung stärken
Vernehmlassung zu einem neuen Hochschulgesetz – Botschaft über die Teilnahme an den Bildungs-, Berufsbildungs- und Jugendprogrammen und die Beteiligung am 7. Forschungsrahmenprogramm der EU – Vernehmlassung zum Verfassungsartikel und Bundesgesetz über die Forschung am Menschen – Revision der Fachhochschulverordnung – Gesamtschweizerische Koordination der Fachhochschulen in den Bereichen Bau, Life Sciences und Design – Vereinbarung zwischen Bund und Kantonen über das Studienangebot an Fachhochschulen – Botschaft zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die Erfindungspatente – Vernehmlassung zu einem Bundesgesetz über die Psychologieberufe und Entscheid zum weiteren Vorgehen
- Ziel 2: Das Vertrauen in die Wirtschaft stärken durch bessere wirtschaftsrechtliche Rahmenbedingungen und Corporate Governance
Botschaft zu einem Bundesgesetz über die Verwahrung und Übertragung von Bucheffekten – Botschaft zum Haager Wertpapierübereinkommen – Botschaft zum Haager Trustübereinkommen – Vernehmlassung zur Revision des Aktienrechts – Botschaft zur Umsetzung der revidierten 40 FATF-Empfehlungen – Vernehmlassung zur Umsetzung der Neuen Eigenmittelvorschriften des Basler Ausschusses (Basel II) – Botschaft zu einem Bundesgesetz über die Finanzmarktaufsicht – Botschaft zur Totalrevision des Bundesgesetzes über die Anlagefonds – Vernehmlassung zur Aufhebung des Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland
- Ziel 3: Mehr Wettbewerb und Transparenz auf dem Binnenmarkt schaffen
Entscheid über zusätzliche Massnahmen zum Wachstumspaket – Botschaft zur Revision des Bundesgesetzes über die Information der Konsumentinnen und Konsumenten und der betreffenden sektoriellen Gesetze – Vernehmlassung zur Agrarpolitik 2011
- Ziel 4: Den Ausgleich des Bundeshaushalts dauerhaft sichern
Bericht zur Aufgabenverzichtsplanung Bund – Botschaft zur Reform II der Unternehmensbesteuerung – Botschaft zur Vereinfachung der Nachbesteuerung in Erbfällen und Einführung der straflosen Selbstanzeige – Vernehmlassung zur Vereinfachung der Mehrwertsteuer – Bericht über familienpolitische Massnahmen – Botschaft zur Umstellung der Altersvorsorge des Bundespersonals auf das Beitragsprimat
- Ziel 5: Die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten
Botschaft zur Teilrevision des Bundesgesetzes über den Wald – Entscheid über die Klimapolitik und gegebenenfalls Botschaft – Botschaft zur Änderung des Mineralölsteuergesetzes – Botschaft zur Revision des Automobilsteuergesetzes – Weitere Verordnungen im Chemikalienrecht

- Ziel 6: Die Verkehrsinfrastruktur leistungsfähig erhalten und europäisch vernetzen und die Verkehrssicherheit verbessern
Botschaft zur Unterstützung der Verkehrsinfrastruktur – Botschaft zur Bahnreform 2 und zur Umsetzung der Interoperabilitätsrichtlinien – Botschaft zum Beitritt der Schweiz zur Europäischen Agentur für Flugsicherheit – Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt – Umsetzung der Strassenverkehrs-Sicherheitspolitik
- Ziel 7: Die Informationsgesellschaft gestalten und fördern
Strategie für eine Informationsgesellschaft der Schweiz nach 2005 – Botschaft zum Bundesgesetz über die Harmonisierung der Einwohnerregister und anderer amtlicher Personenregister – Botschaft zum Bundesgesetz über den Personenidentifikator "Bevölkerung" – Vernehmlassung zum Geoinformationsgesetz – Botschaft zur Teilrevisionen des Obligationenrechts und zum Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb – Genehmigung von Pilotprojekten zum Vote électronique
- Ziel 8: Die Zusammenarbeit zwischen den staatlichen Ebenen verwesentlichen
Zweite Botschaft zum Neuen Finanzausgleich: Gesetzesänderungen in den einzelnen Aufgabenbereichen – Botschaft zu einer Schweizerischen Strafprozessordnung und einem Schweizerischen Jugendstrafverfahren
- Ziel 9: Eine ausgewogene und nachhaltige räumliche Entwicklung sicherstellen
Vernehmlassung zu einer Teilrevision des Raumplanungsgesetzes – Botschaft zum Bundesgesetz über die neue Regionalpolitik – Vernehmlassung und weiteres Vorgehen zur Teilrevision des Mietrechts
- Ziel 10: Die Altersvorsorge und die Invalidenversicherung stabilisieren
Vernehmlassung zu einer Revision der AHV – Berufliche Vorsorge:
Sofortmassnahmen zur Optimierung der Aufsicht; Vernehmlassung zur Änderung der Aufsichtsstruktur; Vernehmlassung zur Angleichung des Rentenumwandlungssatzes – Botschaften zur 5. Revision der Invalidenversicherung, zur Zusatzfinanzierung der Invalidenversicherung und zur Straffung des IV-Verfahrens – Vorentscheid zu einer Revision des Unfallversicherungsgesetzes
- Ziel 11: Die kinderbetreuenden und älteren Menschen besser integrieren
Botschaft zur Fortsetzung des Impulsprogramms für familienergänzende Kinderbetreuung – Weiteres Vorgehen bei Blockzeitenregelungen für die Schulen – Bericht zu einem Massnahmenpaket zu Gunsten der Arbeitsmarktbeteiligung älterer Arbeitnehmer(innen)
- Ziel 12: Die Kulturpolitik überprüfen, reorganisieren und positionieren
Vernehmlassung zum Kulturförderungsgesetz und zum Pro Helvetia-Gesetz – Umsetzung des Bundesgesetzes über den internationalen Kulturgütertransfer – Umstellung der Schweizerischen Landesbibliothek auf FLAG und Festlegung des Leistungsauftrags – Vernehmlassung zur Finanzierung des Vereins Memoria in den Jahren 2006 – 2010 – Gründung der Stiftung Schweizerisches Landesmuseum und Festlegung des Leistungsauftrags

- Ziel 13: Die Chancen für schweizerische Exporte wahren und die Beziehungen zur Europäischen Union vertiefen
Verhandlungsmandat für die sechste WTO-Ministerkonferenz – Abschluss von Freihandelsabkommen mit verschiedenen Staaten – Botschaft zur Finanzierung der Exportförderung – Ratifikation der Bilateralen II und des Zusatzprotokolls zum Freizügigkeitsabkommen
- Ziel 14: Den Schutz der Menschenrechte auf internationaler und nationaler Ebene stärken
Botschaft zur Ratifikation des Fakultativprotokolls zur Folterkonvention – Botschaft zur Ratifikation des Protokolls Nr. 14 über die Reform des Kontrollsystems der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten – Vernehmlassung zum Haager Kindesschutzübereinkommen von 1996
- Ziel 15: Die neue Sicherheitspolitik umsetzen
Botschaft zur Verlängerung des SWISSCOY-Einsatzes ab 2006 – Bericht über die Führungsstrukturen der Armee und die Unterstellungsverhältnisse
- Ziel 16: Die internen Strukturen, die Prävention und die internationale Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Polizei optimieren
Weiteres Vorgehen für einen übergeordneten Krisenstab – Botschaft zu den Teilrevisionen des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit, des Strafgesetzbuches und des Bundesgesetzes bezüglich die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs betreffend Massnahmen gegen Gewaltpropaganda, Gewalt bei Sportveranstaltungen und Rassismus – Vernehmlassung zur Revision des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit – Botschaft zum Polizeizwangsgesetz – Vernehmlassung und Botschaft zur Revision des Ausweisgesetzes – Botschaft zur Umsetzung der Verwahrungsinitiative – Botschaft zum revidierten Abkommen mit Frankreich über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Justiz-, Polizei- und Zollsachen – Botschaft zu einem Staatsvertrag über die Zusammenarbeit mit EUROPOL – Botschaft zum Rechtshilfevertrag mit Brasilien in Strafsachen

Die Ziele des Bundesrats im Jahr 2005

Wichtigste geplante Parlamentsgeschäfte 2005 nach Schwerpunkten geordnet

1 Den Wohlstand vermehren und die Nachhaltigkeit sichern

1.1 Forschung, Wissenschaft und Bildung	1. Halbjahr 2005	2. Halbjahr 2005
Botschaft über die Beteiligung der Schweiz an den Bildungs- und Forschungsprogrammen der EU 2007-2013 resp. 2007-2011		X
Botschaft über einen Bundesbeschluss zu drei Übereinkommen auf dem Gebiet des Patentrechts und über eine Änderung des Bundesgesetzes über die Erfindungspatente		X
Bericht über die nachfrageorientierte Weiterbildung (in Erfüllung des Po. WBK-NR 00.3605 Nachfrageorientierte Weiterbildung)	X	
Bericht über Bildungsangebote an landwirtschaftlichen Schulen (in Erfüllung des Po. Fässler 01.3765)	X	
Bericht über die Fachhochschulen und das Bologna-Modell (in Erfüllung des Po. Strahm 02.3627)		X
Bericht über die freien Berufe (in Erfüllung des Po. Cina 03.3663)		X
Bericht "Nutzen wir unsere Talente und Patente" (in Erfüllung des Po. Fässler 03.3100)		X

1.2 Wirtschaft	1. Halbjahr 2005	2. Halbjahr 2005
Botschaft zur Revision des Lugano-Übereinkommens		X
Botschaft zur Umsetzung des Haager Trustübereinkommens		X
Botschaft zum Haager Wertpapierübereinkommen		X
Botschaft zu einem Bundesgesetz über die Verwahrung und Übertragung von Bucheffekten (Bucheffectengesetz)		X
Botschaft zur Umsetzung der revidierten 40 FATF-Empfehlungen		X
Botschaft zur Totalrevision des Bundesgesetzes über die Anlagefonds (neuer Titel: Bundesgesetz über die kollektiven Kapitalanlagen)		X
Botschaft zu einem Bundesgesetz über die Finanzmarktaufsicht (Finanzmarktaufsichtsgesetz)		X
Botschaft über den Beitritt der Schweiz zum Übereinkommen über die gegenseitige Amtshilfe im Zollbereich (sog. Johannesburg-Konvention der Weltzollorganisation)		X

Botschaft zur Revision des Bundesgesetzes über die Information der Konsumentinnen und Konsumenten und der betreffenden sektoriellen Gesetze		X
Bericht des Bundesrates zur Ausgestaltung der Milchmarktordnung und der flankierenden Massnahmen nach dem Ausstieg aus der Milchkontingentierung (Milchmarktordnung ab 1. Mai 2009) (gemäss Art. 187b, Abs. 7 LwG)	X	
Bericht zum Massnahmenpaket zu Gunsten der Arbeitsmarktbeitilgung älterer ArbeitnehmerInnen		X

1.3 Finanzen und Bundeshaushalt	1. Halbjahr 2005	2. Halbjahr 2005
Botschaft zur Reform II der Unternehmensbesteuerung	X	
Botschaft zur Vereinfachung der Nachbesteuerung in Erbfällen und Einführung der straflosen Selbstanzeige		X
Botschaft über die Einführung von Massnahmen zur Um- und Durchsetzung der bestehenden Bestimmungen über die Steuerharmonisierung II		X
Botschaft zum Biersteuergesetz	X	
Botschaft zur Totalrevision des Pensionskassengesetzes des Bundes betreffend Umstellung der Altersvorsorge des Bundespersonals zum Beitragsprimat	X	
Bericht zur Familienbesteuerung		X
Bericht über die Aufgabenverzichtsplanung Bund		X
Bericht über die Prüfung der Bundessubventionen (Zweite Subventionsüberprüfung)		X

1.4 Umwelt und Infrastruktur	1. Halbjahr 2005	2. Halbjahr 2005
Botschaft zur Unterstützung der Verkehrsinfrastruktur (insbesondere in den Agglomerationen)		X
Botschaft zu einer Nationalstrassenabgabe		X
Botschaft zur Revision des Bundesgesetzes über den Wald		X
Gegebenenfalls Botschaft zur Klimapolitik	X	
Botschaft zur Änderung des Mineralölsteuergesetzes	X	
Botschaft zur Revision des Automobilsteuergesetzes zur Differenzierung der Automobilsteuersätze nach ökologischen Kriterien		X
Botschaft zur Bahnreform 2 und zur Übernahme der Interoperabilitätsrichtlinien der EU	X	

Botschaft zum Beitritt der Schweiz zur Europäischen Agentur für Flugsicherheit (European Aviation Safety Agency, EASA)		X
Botschaft zu einem Bundesgesetz über die Reorganisation der Sicherheitsaufsicht	X	
Bericht über die Auswirkungen der Klimaerwärmung im Berggebiet (in Erfüllung des Po. SP-Fraktion 01.3615)		X
Bericht zur Bedeutung und Förderung des Langsamverkehrs (in Erfüllung des Po. Aeschbacher Ruedi 01.3402)		X
Bericht über die oberirdischen Auswirkungen eines Atomüll-Endlagers (in Erfüllung des Po. Fehr Hans-Jürg 03.3279)		X

1.5 Informationsgesellschaft, Statistik und Medien	1. Halbjahr 2005	2. Halbjahr 2005
Botschaft zur Teilrevision des Obligationenrechts (OR) und des Bundesgesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) (Konsumentenschutz)	X	
Botschaft zum Bundesgesetz über die Harmonisierung der Einwohnerregister und anderer amtlicher Personenregister (Registerharmonisierungsgesetz; RHG)	X	
Botschaft zum Bundesgesetz über den Personenidentifikator "Bevölkerung" (BPIN-Gesetz)	X	

1.6 Staatliche Institutionen	1. Halbjahr 2005	2. Halbjahr 2005
Botschaft zur Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (Zweite Botschaft: Ausführungsgesetzgebung)		X
Botschaft zu einer Schweizerischen Strafprozessordnung und einem Schweizerischen Jugendstrafverfahren	X	
Botschaft über die Einführung der allgemeinen Volksinitiative		X
Bericht über das Konzept für eine Verwaltungsreform		X
Botschaft zur Eidgenössische Volksinitiative 'Volkssouveränität statt Behördenpropaganda'		X

1.7 Raumordnung	1. Halbjahr 2005	2. Halbjahr 2005
Botschaft zum Bundesgesetz über die neue Regionalpolitik		X
Botschaft zur Verlängerung der Geltungsdauer des Bundesgesetzes vom 20. März 1970 über die Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten		X

2 Die demografischen Herausforderungen bewältigen

2.1 Soziale Sicherheit und Gesundheit	1. Halbjahr 2005	2. Halbjahr 2005
Botschaften zur 5. Revision des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung, zur Zusatzfinanzierung der IV sowie zur Straffung des IV-Verfahrens	X	
Botschaft zur Fortsetzung des Impulsprogramms für familienergänzende Kinderbetreuung		X
Bericht über das BVG im Vergleich zur AHV (in Erfüllung des Po. Leutenegger Oberholzer 02.3495)	X	
Bericht über die Wachstumswirkungen des institutionellen Zwangssparens (in Erfüllung des Po. Strahm 03.3522)	X	
Bericht über den Schutz vor dem Passivrauchen (in Erfüllung des Po. WAK-NR 02.3379)	X	
Bericht über Regelungslücken im medizinischen Datenschutz (in Erfüllung des Po. RK-NR 00.3178)		X
Bericht über die Doppelspurigkeiten der Militärversicherung mit den anderen Sozialversicherungen (in Erfüllung des Po. SGK-N 04.3205)		X
Botschaft zur Volksinitiative „für tiefere Krankenkassenprämien in der Grundversicherung“	X	

2.2 Gesellschaft, Kultur und Sport	1. Halbjahr 2005	2. Halbjahr 2005
Bericht über die Situation der Fahrenden in der Schweiz (in Erfüllung des Po. SGK-NR 03.3426)		X

3 Die Stellung der Schweiz in der Welt festigen

3.1 Aussenbeziehungen	1. Halbjahr 2005	2. Halbjahr 2005
Botschaft betreffend Gewährung eines Darlehens an die Immobilienstiftung für die internationalen Organisationen zum Bau eines neuen Gebäudes für die Internationale Union zur Erhaltung der Natur und der natürlichen Lebensräume in Gland, VD		X
Botschaft betreffend Gewährung eines Darlehens an die Immobilienstiftung für die internationalen Organisationen zum Bau eines neuen Gebäudes für die Welthandelsorganisation in Genf		X
Botschaft über die Ausrichtung einer Finanzhilfe an das Internationale Rotkreuz- und Rothalbmondmuseum in den Jahren 2006-2009	X	

Botschaft zur Finanzierung der Exportförderung für die Jahre 2006-2007 und Evaluationsbericht zur Exportförderung (gemäss Beschluss der Eidg. Räte vom 25.09.03)	X	
Botschaft über ein Abkommen mit den USA über die gegenseitige Amtshilfe im Zollbereich		X
Botschaft zur Ratifikation des Zusatzprotokolls Nr. 14 der EMRK betreffend Änderungen des Kontrollmechanismus zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten	X	
Botschaft zur Ratifikation des Fakultativprotokolls zur Folterkonvention		X
2. Bericht der Schweiz zur Umsetzung des Internationalen Pakts der UNO vom 16. Dezember 1966 über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte		X
Bericht und Botschaft über die 91. und die 92. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz 2005		X

3.2 Sicherheit	1. Halbjahr 2005	2. Halbjahr 2005
Botschaft zur Verlängerung des SWISSCOY-Einsatzes ab 2006	X	
Bericht über die Führungsstrukturen der Armee und die Unterstellungsverhältnisse		X
Botschaft zu den Teilrevisionen des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS), des Strafgesetzbuches (StGB) und des Bundesgesetzes betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (BÜPF) betreffend Massnahmen gegen Gewaltpropaganda, Gewalt bei Sportveranstaltungen und Rassismus		X
Botschaft zur Revision des Ausweisgesetzes		X
Botschaft zu einem Vertrag zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über die Zusammenarbeit im Rahmen der schweizerischen Informationssysteme für Fingerabdrücke und DNA-Profile	X	
Botschaft zum Bundesgesetz über die Anwendung polizeilichen Zwangs im Bereich des Ausländerrechts und der Häftlingstransporte im Auftrag des Bundes (Polizeizwangsgesetz)		X
Botschaft zu einem Staatsvertrag über die Zusammenarbeit mit EUROPOL	X	
Botschaft zum Rechtshilfevertrag mit Brasilien in Strafsachen	X	
Botschaft zum Polizeikooperationsübereinkommen mit Lettland und Tschechien	X	

Botschaft zum revidierten Abkommen mit Frankreich über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Justiz-, Polizei- und Zollsachen		X
Botschaft zur Änderung des nStGB vom 13.12.2002 betreffend die Umsetzung von Artikel 123a BV über die lebenslängliche Verwahrung extrem gefährlicher Straftäter und einzelne nachträgliche Korrekturen am neuen Massnahmerecht	X	

